

Grüne: Hürden für Verbeamtung senken

Andreas Müller

Die Landesregierung will engen Mitarbeitern zu dem Status verhelfen. SPD und Beamtenbund wittern eine Versorgungsaktion vor der Wahl.

STUTT GART Ministerpräsident Winfried Kretschmann möchte, dass Pressesprecher, Redenschreiber und andere politiknahe Mitarbeiter leichter verbeamtet werden können. Sie sollen den Status auch dann erhalten, wenn sie nicht, wie bisher verlangt, Rechts-, Verwaltungs- oder Wirtschaftswissenschaften studiert haben. Per Verordnung will das Staatsministerium deshalb eine neue „Laufbahn des höheren geistes- und sozialwissenschaftlichen Dienstes“ schaffen. Dafür sollten zahlreiche Studiengänge wie Rhetorik, Journalismus, Soziale Arbeit und Pädagogik ausreichen.

Laut dem Entwurf reagiert die Verordnung auf den Fachkräftemangel und die „zunehmende Konkurrenz um die besten Köpfe“. Über das Beamtenverhältnis wolle man „qualifizierte Personen ... an die Verwaltung binden“. In Querschnittsbereichen für Pressearbeit, Reden, Koordinierung oder Bürgerbeteiligung gebe es einen wachsenden Bedarf an Geistes- und Sozialwissenschaftlern. Derzeit befindet sich der Entwurf in der Anhörung, die Frist endet nächste Woche.

Bekannt wurden die Pläne durch eine Anfrage der Landtags-SPD. Deren Fraktionsmanager Sascha Binder wittert dahinter den Versuch, Grünen-Gefolgsleute in den Ministerien rechtzeitig vor der Wahl im Frühjahr 2026 zu versorgen. Offenbar wolle die Partei „über den drohenden Machtverlust hinaus weiter grün regieren“. Mit der „grünen Beamtenlaufbahn“ unterlaufe sie den Wählerwillen und schade dem politischen System, kritisierte Binder.

Ähnliche Bedenken hegt der Beamtenbund Baden-Württemberg, der seine Stellungnahme auf Anfrage zur Verfügung stellte. Der Vorsitzende Kai Rosenberger befürchtet, „dass vorhandene Beschäftigte im Staatsministerium, den Ministerien oder im parlamentarischen Beratungsdienst, die die Voraussetzungen des aktuellen Laufbahnrechts nicht erfüllen können, rechtzeitig vor der Landtagswahl versorgt werden sollen“. Der Beamtenbund halte das Vorhaben „weder für rechtlich zulässig noch für erforderlich“. Es gebe keinen Fachkräftemangel in den fraglichen Bereichen, die Beschäftigten dort nähmen keine hoheitlichen Aufgaben wahr und verlören bei einem politischen Machtwechsel meist ihre Aufgaben.

Ein Regierungssprecher erklärte auf Anfrage, die Verordnung sei „eine längst überfällige Anpassung des Dienstrechts an die neuen Realitäten und an die Möglichkeiten anderer Länder

und des Bundes“; dort gebe es teilweise ähnliche Laufbahnen. Aufgaben und Anforderungen seien vielfältiger geworden, gerade im Staatsministerium mit der großen Bandbreite an Themen. „Wer den Grundsatz von Eignung, Leistung und Befähigung erfüllt, sollte auch die Möglichkeit zur Verbeamtung haben“, so der Sprecher.

- Hintergrund und Kommentar Seite 3

Vor der Abwahl noch schnell zum Beamtenstatus?

Andreas Müller

Die Anforderungen für politiknahes Personal sollen gesenkt werden. Doch die Pläne der Regierung Kretschmann stoßen auf Gegenwehr.

STUTTGART Es war eine mittlere Fleißarbeit, die Sascha Binder unlängst der grün-schwarzen Landesregierung abverlangte. Detailliert ließ der SPD-Fraktionsmanager auflisten, welchen Aufwand Winfried Kretschmann & Co. für ihre Öffentlichkeitsarbeit trieben. Das Personal dafür, stellte sich heraus, sei in den vergangenen zehn Jahren massiv aufgestockt worden. Offenbar folge man der Devise „Tue Gutes und rede darüber“, spottete er – doch es werde zu wenig getan und zu viel geredet.

An den Aufwuchs musste Binder sofort denken, als er von einem aktuellen Vorhaben des Staatsministeriums erfuhr. Explizit auf Mitarbeiter „in Pressestellen“ zielt eine Verordnung, mit der Kretschmanns Staatsministerium die Verbeamtung von politiknahem Personal erleichtern will. Dort und in anderen „Querschnittsbereichen“ – für die Vorbereitung von Reden, Koordinierungsaufgaben oder Bürgerbeteiligung – gebe es einen zunehmenden Bedarf an Geistes- und Sozialwissenschaftlern. Doch in Zeiten des Fachkräftemangels und der „Konkurrenz um die besten Köpfe“ habe das Land ein Problem: es könne diese nicht „über die Berufung in das Beamtenverhältnis“ an sich binden.

In den höheren Dienst komme bis jetzt fast ausschließlich, wer etwa Rechts-, Wirtschafts- oder Verwaltungswissenschaften studiert habe; Ausnahmen sind nur unter engen Voraussetzungen möglich. Zahlreiche Studiengänge wie Ethnologie, Religionswissenschaften, Planung und Partizipation oder Soziale Arbeit erfüllten die geforderten Voraussetzungen dagegen nicht. Abhilfe will das Land nun mit einer neuen „Laufbahn des höheren geistes- und sozialwissenschaftlichen Dienstes“ schaffen. Wer nach dem Abschluss in mindestens drei Berufsjahren seine Eignung bewiesen hat, soll den begehrten Beamtenstatus erhalten können. Das solle übergreifend für alle Ministerien gelten, im Rahmen der bestehenden Stellenpläne.

Im Juli wurde der Entwurf an die Verbände geschickt, die Anhörung endet nächste Woche. Dann, nach der Auswertung, könnte die Verordnung rasch erlassen werden – und das Verbeamtungsbeginnen. Doch wenn es den Plan gab, das brisante Vorhaben diskret in der Sommerpause durchzubringen, vereitelte ihn der SPD-Mann Binder. Er wittert dahinter den Versuch, grünes Regierungspersonal noch rasch vor der drohenden Abwahl 2026 zu versorgen. Über eine „grüne Beamtenlaufbahn“ sollten offenbar zahlreiche Parteifreunde langfristig an

die Ministerien gebunden werden. Per Landtagsanfrage erkundigte sich der Jurist zielsicher nach den heiklen Punkten – etwa den hoheitlichen Befugnissen, die die Verbeamtung rechtfertigen könnten, oder der Rolle des eigentlich zuständigen Innenministeriums. Zudem will er wissen, wie viele Beschäftigte für die Laufbahn in Frage kämen. Die Antwort steht noch aus.

Gegenwind bekommt das Staatsministerium aber auch von Verbandsseite. Auf Anfrage unserer Zeitung stellte der Beamtenbund Baden-Württemberg seine Stellungnahme zur Verfügung. Man begrüße das Ziel, qualifizierte Geistes- und Sozialwissenschaftler an die Verwaltung zu binden, schreibt der Vorsitzende Kai Rosenberger eingangs. Dann folgt eine Abfuhr auf ganzer Linie: Die neue Laufbahn sei weder rechtlich zulässig noch erforderlich. Ein Fachkräftemangel sei im fraglichen Bereich „nicht ansatzweise zu erkennen“, hoheitliche Befugnisse würden dort nicht ausgeübt. Gegenüber dem bisher verlangten Niveau würden die Anforderungen für den Beamtenstatus deutlich gesenkt. Verbeamtung könne aber „kein Selbstzweck“ sein. Wie Binder befürchtet Rosenberger, dass „vorhandene Beschäftigte“ in Ministerien und Landtag, die bisher keine Beamte werden könnten, „rechtzeitig vor der Landtagswahl versorgt werden sollen“. Man empfehle daher, „von dem Vorhaben Abstand zu nehmen“.

Das sind schwere Vorbehalte – doch das Staatsministerium gibt sich gelassen. Bei der Verordnung handele es sich um eine „überfällige Anpassung des Dienstrechts“, wie sie auch andere Länder und der Bund vorgenommen hätten. Die Aufgaben im öffentlichen Dienst seien vielfältiger geworden, so ein Sprecher, das spiegele sich auch in der Qualifikation der Beschäftigten. Von einer „Aktion Abendsonne“, wie gelästert wird, will man nichts wissen. Im Staatsministerium sei es nur eine „niedrige einstellige Zahl“ von Personen, die von der Neuregelung profitieren könnte.

Kommentar: Eine Verordnung, die Misstrauen weckt

Andreas Müller

Die Pläne der Regierung Kretschmann zum Beamtenstatus für politiknahes Personal werden zu Recht hinterfragt.

STUTT GART Es ist ein Vorhaben, das in mehrererlei Hinsicht misstrauisch macht. Warum will Winfried Kretschmanns Staatsministerium plötzlich die Anforderungen für künftige Beamte senken? Warum sollen auch Geistes- und Sozialwissenschaftler, denen das bisher verwehrt war, den begehrten Status erhalten? Profitieren sollen vor allem Pressesprecher, Redenschreiber und Mitarbeiter in der Koordinierung oder der Bürgerbeteiligung – Personal also aus dem unmittelbaren Umfeld der Regierenden und oft auch mit Nähe zu deren Partei, wenn nicht gleich dem (grünen) Parteibuch.

Viel spricht für die Skepsis, die den jetzt bekannt werdenden Plänen entgegenschlägt. Natürlich können auch Historiker, Theologen oder Soziologen, Religionswissenschaftler, Pädagogen oder studierte Journalisten die Verwaltung bereichern. Die Dominanz von Juristen, die dort oft herrscht, tut den Ministerien nicht immer gut, eine breitere Palette von Werdegängen kann den Blickwinkel sinnvoll erweitern. Aber sind die Absolventen solcher Studiengänge wirklich so rar, dass man sie nur als Beamte gewinnen und halten könnte? Zweifel sind angebracht. Hoheitliche Aufgaben, die diesen Status begründen könnten, nehmen sie ebenfalls nicht wahr. Bei einem Machtwechsel verlören sie zudem die Posten im Umfeld der Mächtigen – und fänden nur schwer eine neue Verwendung.

Vieles riecht also danach, was SPD und Beamtenbund wittern: dass es um die Versorgung von Gefolgsleuten angesichts der drohenden Abwahl der Grünen geht. Bei der SPD mag man dies als oppositionellen Beißreflex abtun, doch die tendenziell konservativere Beamtenlobby hegt den gleichen Verdacht. Dabei dürfte sie eigentlich nichts gegen neue Staatsdiener haben, nur gegen eine Verwässerung der Ansprüche.

An Merkwürdigkeiten mangelt es in der Tat nicht. Warum kommt die Verordnung aus der Staatskanzlei – und nicht aus dem eigentlich zuständigen Innenministerium? Das CDU-geführte Ressort war zwar irgendwie beteiligt, aber offenkundig nicht die treibende Kraft. Warum wird das Vorhaben, wiewohl gewiss nicht dringlich, mitten in der politischen Sommerpause lanciert und vorangetrieben? Wollte man es ohne größeres Aufheben über die Bühne bringen?

Daraus wird nun nichts mehr, stattdessen stecken Kretschmann & Co. in der Defensive. Da

reicht es nicht, die Pläne als völlig unverdächtige Anpassung an eine veränderte Realität zu verteidigen, die nichts mit der Versorgung von Parteifreunden zu tun habe. Die Regierung tut vielmehr gut daran, die Bedenken aus Opposition und Verbänden ernst zu nehmen und die offenen Fragen zu beantworten – in aller gebotenen Ruhe. Nichts wäre für die Grünen, aber auch die Politik insgesamt schädlicher als der Eindruck, es sollten eilig Fakten geschaffen werden.